

11. IV. 1919

154

**Die Enteignung von Kronbauten und Palästen.
Gegen die Verwendung künstlerischer Bauwerke für
Nutzwecke.**

Vom Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenverein geht uns nachstehende Mitteilung zu: „Dem österreichischen Kunstbesitz droht eine hohe Gefahr. Von verschiedenen Seiten werden Anforderungen für die praktische Benützung künstlerisch wertvoller Baulichkeiten gestellt, die teils dem ehemaligen Kronbesitz, teils dem Privatbesitz gehören. Insbesondere handelt es sich um zahlreiche hervorragende, in ihrer Art einzig dastehende Werke des österreichischen Barockstiles. Es steht ganz außer Frage, daß für Zwecke der sozialen Fürsorge möglichst rasch Baulichkeiten diesen Zwecken zugeführt werden sollen, dafür dürfen aber nur solche Bauten in Anspruch genommen werden, deren Kunstwert nicht bedeutend ist. Baulichkeiten, die von Haus aus weniger den repräsentativen Charakter zum Ausdruck gebracht haben, infolgedessen auch in ihren Räumlichkeiten den modernen Wohnbedingungen leichter angepaßt werden können. Die heiligste Pflicht des Staates ist es, alles daran zu setzen, die noch vorhandenen wertvollen Zeugen aller Künste, die Zeugen einstiger Größe Oesterreichs voll und ganz im Interesse der Kunstszehung und des Fremdenverkehrs zu erhalten.“

Der Oesterreichische Ingenieur- und Architektenverein beantragt, in kürzester Zeit eine Kunstkommission einzusetzen, die aus Mitgliedern des Staatsdenkmalamtes und gewählten Vertretern der frei schaffenden Kunstlerischast zusammenzusetzen ist. Einzig und allein diesem Forum könne es vorbehalten sein, zu entscheiden, welche Baulichkeiten einer praktischen Verwendung zugeführt werden dürfen. Gleichzeitig gibt der Verein die Anregung, daß alle im Besitze des Staates, der Kirche und im Privatbesitz befindlichen Bauten von hohem künstlerischen Werte der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden sollen. Die vom Staate einzuhobende Eintrittsgebühr wäre zweckentsprechend für Zwecke der sozialen Fürsorge zu verwenden, damit einestells der heimische Kunstbesitz gesichert, andernteils damit auch die Gelegenheit gegeben werde, die baulichen Werke der Kunst dem kunstsinigen Publikum und den Fremden zugänglich zu machen. Der Wert unserer Kunstdenkmale ist viel zu wenig erkannt, sonst wäre es zum Beispiel unsahbar, daß von verschiedenen Seiten daran gedacht wird, Schloß Hetendorf, ein Meisterwerk des Maria Theresia-Varochs, ausgestattet mit herrlichen Innenräumen, deren Fresken zum Teil dem größten Barockmaler Oesterreichs, Daniel Gran, angehören, praktischen Zwecken zuzuführen.“

Der Demonstrationstreif der Heeresangestellten.

In der Reitschule der ehemaligen Leibgardeeskadron versammelten sich über 4000 Berufsunteroffiziere, um ihre Forderungen zu veröffentlichen. Für den Staatssekretär

Dr. Deutsch war Hauptmann Kutschera, und in Vertretung des Staatsamtes für Heerwesen Ministerialrat Gallowski erschienen. Namens des Verbandes der Berufsunteroffiziere Deutschösterreichs, Ortsgruppe Wien, begrüßte und eröffnete dessen Obmann Lojichnigg die Versammlung, worauf Unteroffizier Schraffl das Referat erstattete. Er erklärte, der Zweck der Versammlung sei, der Regierung zu sagen, daß die Berufsunteroffiziere vor dem Verhungern stehen, und nicht länger gewillt sind, das Elend zu ertragen. Es bestehe eine tiefgehende Erregung unter allen Berufsmilitärpersonen. Ein verheirateter Unteroffizier soll mit Frau und Kindern von einer Gebühr von 460 K. leben. Man sei gezwungen, bei Verwandten um Unterstützung zu betteln. (Stürmische Rufe: „Schande! Sie sollen sich schämen!“) Redner: Sowohl, sie sollten sich schämen, die Unteroffiziere zwingen, zu betteln, aber sie haben kein Schamgefühl! In der alten Monarchie waren die Unteroffiziere die Allerletzten, sie durften nicht reden, nur arbeiten und gehorchen hieß es. Jetzt können sie als freie Männer ihre Forderungen stellen, sich organisieren und frei sprechen.

Hauptmann Laufer betonte die Solidarität der Gagisten mit den Forderungen der Berufsunteroffiziere. Wir fordern Arbeit und Bezahlung der Arbeit, um ein menschenwürdiges Leben führen zu können. Namens des Soldatenrates gab Delegierter Schmidt eine Solidaritätserklärung ab, und bemerkte, es war bis heute nicht möglich, ohne gehörigen Nachdruck Forderungen bewilligt zu erhalten, der Soldatenrat werde voll und ganz für die Forderungen der Unteroffiziere eintreten. Abgeordneter Endtner sagte nach der namens des Gagistenverbandes abgegebenen Solidaritätserklärung: Wir sind gewillt, gehorsam am Wiederaufbau des Vaterlandes mitzuarbeiten, aber nicht gewillt, gehorsam zu verhungern. Arbeiterrat Hauser gab unter lebhaften Kundgebungen bekannt, daß zum Zeichen der Sympathie alle Zivilangestellten des Landesverteidigungsministeriums die Arbeit eingestellt haben.

Ministerialrat Gallowski betonte, das Staatsamt für Heerwesen erachte es als seine Pflicht, die Lage der Militärpersonen zu verbessern. Der Staatssekretär habe im verfloffenen Monat die diesbezüglichen Anträge im Kabinettsrat gestellt: dieselben decken sich zum großen Teile mit den in der Resolution aufgestellten Forderungen. Die betreffenden Gesetzesvorlagen werden ehestens in der Nationalversammlung zur Beratung kommen. Hinsichtlich der Anstellungen in Zivilstellungen werde er, Redner, in dessen Ressort diese Aufgabe falle, bei den verschiedenen Behörden für die Besetzung freier Stellen durch Berufsunteroffiziere mit allem Nachdruck eintreten. Es sei das Bestreben der Regierung, die traurige Lage der Berufsunteroffiziere in dienstrechtlicher und materieller Hinsicht zu verbessern und deren berechnigte Wünsche zu erfüllen.

Nach einstimmiger Annahme einer Resolution formierten sich die Versammelten zu einem Zuge in Viererreihen und begaben sich zum Konzerthaus, wo die Gagisten versammelt waren, und von dort zu dem Staatsamt für Heerwesen, wo die Resolution überreicht wurde. Bei der „Urania“ löste sich der Zug auf.